

Stenographisches Protokoll

81. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Freitag, 17. April 1953

Inhalt

1. Bundesrat

- a) Ansprache des Vorsitzenden Gugg anlässlich seines Amtsantrittes (S. 1769)
- b) Trauerkundgebung aus Anlaß des Ablebens des Bundesrates Dr. Fleischacker (S. 1770)
- c) Zuschrift des Präsidenten des Wiener Landtages, betreffend Mandatsniederlegung der Bundesräte Franz Jonas, Richard Freund und Karl Holoubek sowie Entsendung von Otto Skritek, Alfred Porges und Franz Schulz als Mitglieder in den Bundesrat (S. 1770)
- d) Zuschrift des Präsidenten des Burgenländischen Landtages, betreffend die Entsendung von Anton Frisch, Franz Bezucha und Martin Drescher als Mitglieder in den Bundesrat (S. 1771)
- e) Zuschrift des Präsidenten des Kärntner Landtages, betreffend die Entsendung von Hans Herke, Dr. Adolf Lukeschitsch und Hans Sima als Mitglieder und von Franz Seitschnig als Ersatzmitglied in den Bundesrat (S. 1771)
- f) Zuschrift des Präsidenten des Tiroler Landtages, betreffend Mandatsniederlegung des Bundesrates Karl Knechtelsdorfer und Entsendung von Otto Klupp als Mitglied in den Bundesrat (S. 1771)
- g) Zuschrift des Präsidenten des Steiermärkischen Landtages, betreffend die Entsendung von Dr. Ing. Johanna Bayer, Johann Pötsch, Dipl.-Ing. Leopold Babitsch, Anton Afritsch, Dr. Josef Reichl, Stefan

Plaimauer und Dr. Josef Lauritsch als Mitglieder und von Johann Kraker, Anton Seiner, Ludwig Kussmann, Dr. h. c. Reinhard Machold, Ernst Taurer, Alois Rust und Ing. Josef Kaiser als Ersatzmitglieder in den Bundesrat (S. 1771)

- h) Zuschrift des Präsidenten des Niederösterreichischen Landtages, betreffend Mandatsniederlegung des Bundesrates Leopold Weinmayer und Entsendung von Viktor Müllner als Mitglied und von Franz Jöstl als Ersatzmitglied in den Bundesrat (S. 1772)

- i) Zuschriften, betreffend Neufestsetzung der Mandate der Länder Niederösterreich und Oberösterreich — Geschäftsordnungsausschuß (S. 1774)

- j) Angelobung der neu entsandten Bundesräte (S. 1770)

- k) Neuwahlen in das Büro (S. 1774)

2. Bundesregierung

- a) Regierungserklärung des Bundeskanzlers Ing. Raab (S. 1773)

- b) Zuschriften des Bundeskanzlers Ing. Raab, betreffend

- a) seine Ernennung zum Bundeskanzler sowie die der übrigen Mitglieder der Bundesregierung (S. 1772)

- ß) seine Betrauung mit der zeitweiligen Vertretung des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau Böck-Greissau (S. 1773)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 5 Minuten

Um 10 Uhr betreten die Mitglieder der neuen Bundesregierung den Sitzungssaal und nehmen auf der Regierungsbank ihre Plätze ein.

Auf der Ministerbank:

Bundeskanzler Ing. Julius Raab,
Vizekanzler Dr. Adolf Schärf,

die Bundesminister:

für Inneres Oskar Helmer,
für Justiz Dr. Josef Gerö,
für Unterricht Dr. Ernst Kolb,
für soziale Verwaltung Karl Maisel,
für Finanzen Dr. Reinhard Kamitz,
für Land- und Forstwirtschaft Franz Thoma *),
für Verkehr und verstaatlichte Betriebe Dipl.-Ing. Karl Waldbrunner,
für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Karl Gruber;

die Staatssekretäre:

im Bundesministerium für Inneres Ferdinand Graf,

im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau Dr. Fritz Bock und Dipl.-Ing. Raimund Gehart,

im Bundeskanzleramt (Auswärtige Angelegenheiten) Dr. Bruno Kreisky.

Vorsitzender Gugg: Ich eröffne die 81. Sitzung des Bundesrates und begrüße die Mitglieder der Bundesregierung, die unter Führung des Herrn Bundeskanzlers Ing. Raab und des Herrn Vizekanzlers Dr. Schärf heute im Bundesrat erschienen sind, auf das herzlichste. *(Starker Beifall.)*

Das Protokoll der letzten Sitzung des Bundesrates vom 26. November 1952 ist zur Einsicht aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt sohin als genehmigt.

Hoher Bundesrat! Für das erste Halbjahr 1953 ist das Land Salzburg verfassungsgemäß

*) Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Josef C. Böck-Greissau krankheits- halber entschuldigt.

zum Vorsitz im Bundesrat berufen. Als sein an erster Stelle in den Bundesrat entsandter Vertreter übernehme ich den Vorsitz und begrüße Sie auf das herzlichste. Mein Gruß gilt insbesondere jenen Mitgliedern, die neu in den Bundesrat entsendet worden sind. Mein Bestreben wird es sein, gleich meinem Vorgänger mein Amt stets unparteiisch und nach sachlichen Gesichtspunkten zu führen. Ich bitte Sie alle, mich hierin zu unterstützen.

Ich bin mir Ihrer Zustimmung sicher, wenn ich aus diesem Anlaß meinem Vorgänger, Herrn Bundesrat Grundemann, für seine ausgezeichnete Amtsführung und streng objektive Verhandlungsleitung und Geschäftsführung den herzlichsten Dank ausspreche. *(Beifall.)*

Hoher Bundesrat! Bevor ich in die Tagesordnung eingehe, möchte ich des verstorbenen Bundesratsmitgliedes, des Herrn Ministers Dr. Fleischacker gedenken. *(Die Anwesenden erheben sich.)* Hoher Bundesrat! Wir haben einen schweren Verlust zu beklagen. Das Mitglied des Bundesrates Dr. Eugen Fleischacker wurde am 31. März 1953 mitten aus einem arbeitsreichen Leben plötzlich abgerufen. Österreich und besonders die Stadt Wien verlieren an Fleischacker einen Mann, der sich im öffentlichen Leben seiner Heimat sehr verdient gemacht hat. Als Sohn eines Wiener Bürgers und Photographen am 12. Oktober 1899 geboren, hat Fleischacker an der Wiener Universität Rechtswissenschaft studiert und im Jahre 1924 das Doktorat der Rechte erlangt. Nach kurzer juristischer Praxis trat er 1925 in die Dienste des damaligen Deutsch-österreichischen Gewerbebundes. Seine hervorragenden Fähigkeiten führten dazu, daß er bereits im Jahre 1933 zum Direktor dieser Berufsorganisation bestellt wurde. Fleischacker hatte so reichlich Gelegenheit, die Sorgen und Probleme des Gewerbestandes und der Kaufmannschaft, insbesondere des gewerblichen Mittelstandes, kennenzulernen. 1936 übernahm er die Direktion der Landesgruppe Niederösterreich des Österreichischen Gewerbebundes und wurde gleichzeitig zum leitenden Sekretär des Landesgewerbeverbandes für Niederösterreich bestellt.

Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten im Jahre 1938 wurde Fleischacker aus seinen Funktionen entfernt und wandte sich wieder dem Rechtsanwaltsberuf zu. Seit 1942 führte er eine eigene Rechtsanwaltskanzlei in Wien.

Nach der Wiederaufrichtung der demokratischen Republik Österreich nahm sich Fleischacker sofort wieder der Vertretung der gewerblichen Interessen an. Er wurde Obmann der Landesgruppe Wien des Österreichischen Wirtschaftsbundes. Der am

25. November 1945 gewählte Wiener Landtag entsandte Fleischacker in den Bundesrat, dem er nun ununterbrochen bis zu seinem Tode angehörte. Aber auch in die Bundesregierung wurde Fleischacker berufen. Vom 20. Dezember 1945 bis 10. Mai 1946 bekleidete er das Amt des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau.

Hier im Bundesrat hat Fleischacker eine äußerst rege und ersprießliche Tätigkeit entfaltet. Er war Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Obmannstellvertreter des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten und des Geschäftsordnungsausschusses. Er war der von den Bundesräten gewählte Vorsitzende des Ständigen gemeinsamen Ausschusses des Nationalrates und Bundesrates nach dem Finanzverfassungsgesetz. Oft und oft ist er als Berichterstatter der Ausschüsse und als Sprecher in Debatten an das Rednerpult des Bundesrates getreten. Seine Ausführungen waren immer durch juristischen Scharfsinn und souveräne Beherrschung der Materie ausgezeichnet.

Fleischacker wird in unserer Erinnerung als ein vorbildlich pflichteifriger Mann, der seine großen Fähigkeiten ohne Rückhalt in den Dienst der Allgemeinheit stellte, weiterleben.

Der Bundesrat hat seiner Trauer um den so früh Dahingeshiedenen durch Erheben von den Sitzen Ausdruck gegeben. Ich danke hierfür und werde diese Trauerkundgebung in das Protokoll der heutigen Sitzung aufnehmen. *(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

Hoher Bundesrat! Ich werde nunmehr die **Angelobung** der neu entsandten Bundesräte vornehmen. Ich bitte den Herrn Schriftführer, die darauf bezugnehmenden Schreiben zur Verlesung zu bringen.

Es liegt ein Schreiben des Präsidenten des Wiener Landtages vor. Ich bitte den Schriftführer um dessen Verlesung.

Schriftführer Dr. Übelhör:

„An den Vorsitzenden des Bundesrates, Wien.

Die Herren: Bürgermeister Franz Jonas, Richard Freund und Karl Holoubek haben ihre Funktion als Vertreter des Landes Wien im Bundesrat zurückgelegt.

In den hiedurch erforderlich gewordenen Ersatzwahl wurden vom Wiener Landtag in seiner Sitzung vom 6. März l. J. die Herren Otto Skritek, Angestellter, 2, Haidgasse 5, Alfred Porges, kaufmännischer Angestellter, 6, Stumpergasse 64, und

Franz Schulz, Präsident des Kriegsofferverbandes, 13, Münichreitergasse 41, als Vertreter des Landes Wien in den Bundesrat gewählt.

Die Gewählten entsprechen den Bestimmungen der Bundesverfassung.

Der Präsident:
Bruno Marek“

Vorsitzender: Es liegt ferner ein Schreiben des Burgenländischen Landtages vor. Ich bitte um dessen Verlesung.

Schriftführer Dr. Übelhör:

„An die Parlamentsdirektion in Wien.

Der Burgenländische Landtag hat in seiner 1. Sitzung am 19. März 1953 gemäß Artikel 35 B.-VG.

Hofrat Anton Frisch, Wien XV., Löhr-gasse 5,

Franz Bezucha, Großpetersdorf, Buchhalter, Martin Drescher, Raiding, Landwirt, zu Mitgliedern des Bundesrates gewählt.

Der Präsident des Burgenländischen Landtages:
Lentsch“

Vorsitzender: Es sind ferner Schreiben des Kärntner Landtages und des Tiroler Landtages sowie ein solches des Steiermärkischen Landtages eingelangt.

Ich bitte, sie zu verlesen.

Schriftführer Dr. Übelhör:

„An die Parlamentsdirektion, Wien.

Der Kärntner Landtag hat in seiner Sitzung am 17. März 1953 gemäß § 18 Abs. 4 des Landes-Verfassungsgesetzes in der Fassung der Wiederverlautbarung LGBl. Nr. 2/1946 folgende drei Mitglieder des Bundesrates gewählt:

1. Hans Herke,
2. Dr. Adolf Lukeschitsch,
3. Hans Sima.

Als Ersatzmann für Dr. Adolf Lukeschitsch wurde gewählt:

Dir. Franz Seitschnig.

Für die übrigen beiden Bundesräte wurden Ersatzmänner nicht gewählt.

Klagenfurt, am 17. März 1953.

Der Erste Präsident des Kärntner Landtages:
Sereinigg“

„An die Kanzlei des Vorsitzenden des Bundesrates, Wien.

Der bisherige Bundesrat Karl Knechtelsdorfer wurde am 22. Februar 1953 im Wahlkreis Tirol zum Nationalrat gewählt und hat das Bundesratsmandat zurückgelegt.

Ich beehre mich mitzuteilen, daß der Landtag in seiner Sitzung vom 7. April 1953 Otto Klupp, Genossenschaftsdirektor, geboren am 8. November 1896 in Röhrenbach, Niederösterreich, wohnhaft in Innsbruck, Neuhauserstraße Nr. 16, zum Bundesrat des Landes Tirol gewählt hat.

Der Landtagspräsident:
Obermoser“

„An die Kanzlei des Vorsitzenden des Bundesrates, Wien.

Der Steiermärkische Landtag hat in seiner heutigen Sitzung in den Bundesrat entsendet: Von der Österreichischen Volkspartei als Mitglieder:

Dr. Ing. Johanna Bayer, Graz, Jakob Redtenbacher-Gasse 9,

Johann Pötsch, Raumberg 26, Post Irndning, Dipl.-Ing. Leopold Babitsch, Graz, Reitschulgasse 3,

als Ersatzmänner:

Johann Kraker, Kapfenberg, Wiener Straße 6,

Anton Seiner, Wieselsdorf bei Preding, Ludwig Kussmann, Graz, Morellenfeldgasse 12.

Von der Sozialistischen Partei Österreichs als Mitglieder:

Anton Afritsch, Graz, Rechbauerstraße 48, Dr. Josef Reichl, Fürstenfeld, Wieskapellenweg,

LAbg. Stefan Plaimauer, Hönigsberg, Zimmersdorf-gasse 1,

als Ersatzmänner:

1. Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. Reinhard Machold, Graz-Andritz, Schöckelbachweg 50,

LAbg. Ernst Taurer, Graz, Grillparzerstraße 15,

Alois Rust, Kindberg 180.

Von der Wahlpartei der Unabhängigen als Mitglied:

Dr. Josef Lauritsch, Graz—Maria-Trost, Freihofanger 6,

als Ersatzmann:

Ing. Josef Kaiser, Kapfenberg, Mariazeller Straße 20.

Der Präsident des Steiermärkischen Landtages:
Wallner“

Vorsitzender: Die genannten Herren sind im Hause erschienen. Ich werde sodann ihre Angelobung vornehmen.

Eingelangt ist ferner ein Schreiben des Präsidenten des Niederösterreichischen Landtages. Ich bitte den Schriftführer um dessen Verlesung.

Schriftführer Dr. Übelhör:

„An die Kanzlei des Vorsitzenden des Bundesrates, Wien.

Ich beehre mich mitzuteilen, daß der Landtag von Niederösterreich in seiner 8. Sitzung am 20. März 1953 folgende Ersatzwahlen in den Bundesrat vorgenommen hat: An Stelle des infolge seiner Wahl zum Nationalrat ausgeschiedenen Mitgliedes Leopold Weinmayer wurde Herr Landesrat Viktor Müllner, geb. 6. Juli 1902, wohnhaft Wien VI., Linke Wienzeile 36, als Mitglied gewählt.

Der Ersatzmann Franz Jöstl, welcher mit Schreiben vom 17. März a. c. auf die auf ihn übergangene Mitgliedschaft zum Bundesrat verzichtete, wurde als Ersatzmann gewählt. Herr Franz Jöstl ist Präsident der n. ö. Landarbeiterkammer, Gewerkschaftssekretär, geb. 24. Juni 1903, wohnhaft Pernitz, bzw. Wien X., Selma Lagerlöf-Gasse 21/1.

Das Bundeskanzleramt, Präsidium, Abteilung I a, ist verständigt.

Sassmann
Präsident“

Vorsitzender: Dieses Schreiben werde ich dem Geschäftsordnungsausschuß zuweisen, da die Entsendung des Herrn Landesrates Müllner in den Bundesrat mit einer anderen strittigen Frage, mit der sich ebenfalls der Geschäftsordnungsausschuß zu beschäftigen haben wird, auf das engste zusammenhängt. Es ist die Frage, von welchem Zeitpunkt an die Entschliebung des Bundespräsidenten, betreffend die Anzahl der Mitglieder des Bundesrates, für die Länder Oberösterreich und Niederösterreich in Wirksamkeit tritt.

Hiezu liegen schon mehrere Einlaufstücke vor, die ich nach Durchführung der Angelobung der neuen Mitglieder von den anderen Bundesländern dem Bundesrat bekanntgeben werde.

Ich nehme nun die Angelobung der übrigen Bundesräte vor. Der Schriftführer wird die Gelöbnisformel verlesen, sodann werden die neuen Mitglieder einzeln mit Namen aufgerufen. Bei Namensaufruf ist das Gelöbniß mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer um Verlesung der Gelöbnisformel.

Schriftführer Dr. Übelhör: „Sie werden geloben unverbrüchliche Treue der Republik Österreich, stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze sowie gewissenhafte Erfüllung Ihrer Pflichten.“

Über Namensaufruf durch den Schriftführer Dr. Übelhör leisten die nachstehenden Bundes-

räte die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“:

Afritsch Anton
Babitsch Leopold, Dipl.-Ing.
Bayer Johanna, Dr. Ing.
Bezucha Franz
Drescher Martin
Frisch Anton
Herke Hans
Klupp Otto
Lauritsch Josef, Dr.
Lukeschitsch Adolf, Dr.
Plaimauer Stefan
Porges Alfred
Pötsch Johann
Reichl Josef, Dr.
Schulz Franz
Sima Hans
Skritek Otto

Vorsitzender: Eingelangt sind zwei Schreiben des Herrn Bundeskanzlers. Ich bitte den Schriftführer um deren Verlesung.

Schriftführer Dr. Übelhör:

„An den Herrn Vorsitzenden des Bundesrates.

Ich beehre mich, die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident mit Entschliebung vom 2. April 1953 gemäß Artikel 70 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 mich zum Bundeskanzler ernannt hat.

Weiters hat der Herr Bundespräsident auf meinen Vorschlag ernannt:

Gemäß Artikel 70 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Adolf Schärf zum Vizekanzler,

den Abgeordneten zum Nationalrat Oskar Helmer zum Bundesminister für Inneres,

den Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien Dr. Josef Gerö zum Bundesminister für Justiz,

das Mitglied des Bundesrates Dr. Ernst Kolb zum Bundesminister für Unterricht,

den Abgeordneten zum Nationalrat Karl Maisel zum Bundesminister für soziale Verwaltung,

Dr. Reinhard Kamitz zum Bundesminister für Finanzen,

den Abgeordneten zum Nationalrat Ökonomierat Franz Thoma zum Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,

den Abgeordneten zum Nationalrat Josef Böck-Greissau zum Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,

den Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.-Ing. Karl Waldbrunner zum Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe;

gemäß Artikel 70 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 77 Abs. 3 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Karl Gruber zum Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten und ihm die sachliche Leitung dieser Angelegenheit unbeschadet des Fortbestandes seiner Zugehörigkeit zum Bundeskanzleramt übertragen;

gemäß Artikel 70 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 78 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

den Abgeordneten zum Nationalrat Ferdinand Graf zum Staatssekretär und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Inneres beigegeben, ferner

Dr. Fritz Bock und

das Vorstandsmitglied der Perlmöser Zementwerke A. G. Dipl.-Ing. Raimund Gehart zu Staatssekretären und sie zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Handel und Wiederaufbau beigegeben, endlich

den Legationsrat II. Klasse Dr. Bruno Kreisky zum Staatssekretär und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten beigegeben.

Julius Raab“

„An den Herrn Vorsitzenden des Bundesrates.

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschließung vom 2. April 1953, Zl. 5427-Pr. K., über meinen Antrag gemäß Artikel 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 für die Dauer der zeitweiligen Verhinderung des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau Josef C. Böck-Greissau mich mit der Vertretung des genannten Bundesministers betraut.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme die Mitteilung zu machen.

Julius Raab“

Vorsitzender: Hoher Bundesrat! Zum Wort hat sich der Herr Bundeskanzler gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Ing. Raab (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Hohes Haus! Meine Damen

und Herren! Ich gestatte mir, Ihnen in kurzen Zügen das Programm der neuen Bundesregierung vorzutragen. Ich glaube von einer Verlesung der Regierungserklärung, die im Nationalrat abgegeben wurde, Abstand nehmen zu können, da Sie diese ja schon aus der Sitzung des Nationalrates kennen. Ich will mich daher darauf beschränken, Ihnen die wichtigsten Punkte aufzuzählen, die in der Regierungserklärung für das zukünftige Arbeitsprogramm der Bundesregierung angeführt wurden. Der Nationalrat hat diese Erklärung zur Kenntnis genommen.

In außenpolitischer Hinsicht wird der Kurs meiner beiden Vorgänger, die sich für ihr Werk um Österreichs Wiederaufbau bleibende Verdienste erworben haben, unverändert fortgesetzt werden. Unser oberstes Ziel wird unverrückbar die Erringung der Freiheit und der vollen Souveränität unseres Landes sein.

Die Regierungserklärung enthält weiter die wirtschaftlichen Maßnahmen, die die nächste Zukunft erfordern wird und die im Hinblick auf die Stabilität der Währung und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit notwendig sind. Sie enthält die Maßnahmen für die Heranbildung der arbeitenden und der studierenden Jugend ebenso wie die Erfordernisse auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung und die Maßnahmen zur Sicherung der Renten aller Art.

Schließlich drückt die Regierungserklärung auch die Erwartung aus, daß die Schulgesetzgebung einvernehmlich erneuert und den Interessen und Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung angepaßt wird.

Ich habe namens der Bundesregierung an alle Schichten der Bevölkerung appelliert, am Wiederaufbau Österreichs mitzuarbeiten und mitzuhelfen, da ein freies und unabhängiges Österreich — hoffentlich in naher Zukunft — ein vollwertiges Mitglied in der Völkerfamilie werden soll.

Darüber hinaus möchte ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, versichern, daß sich die Bundesregierung verpflichtet fühlt, die Rechte der Bundesländer jederzeit zu wahren. Diese Versicherung gebe ich mit voller Absicht und mit besonderem Nachdruck hier im Bundesrat, der ja von den Vertretern der Landtage gebildet wird. Die Bundesregierung bittet Sie, ihren Vorlagen sachliche Kritik angedeihen zu lassen. Sie wird dieser Ihrer Kritik stets ein aufmerksames Ohr leihen.

Ich bitte die Mitglieder des Hohen Bundesrates, versichert zu sein, daß es stets unser Bestreben sein wird, die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates zu achten, und daß ich stets bemüht sein werde, den fachlichen

1774

81. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich — 17. April 1953

Rat dieser aus so erfahrenen Mitgliedern bestehenden Institution zu befolgen.

Ich bitte Sie, Hoher Bundesrat, diesen unseren Bericht zur Kenntnis nehmen zu wollen. (*Lebhafter Beifall.*)

Vorsitzender: Ich danke dem Herrn Bundeskanzler für seine grundlegenden Ausführungen.

Ich wende mich nunmehr wieder dem Einlauf zu.

Bundesrat Fiala: Zur Geschäftsordnung!

Ich stelle den geschäftsordnungsmäßigen Antrag, über die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers sofort eine Debatte zu eröffnen.

Vorsitzender: Der Herr Bundesrat Fiala wünscht die Abführung einer Debatte zur Erklärung des Herrn Bundeskanzlers.

Ich mache darauf aufmerksam, daß dies der Tradition widerspricht, da im Bundesrat auch vor 1934 eine Debatte über eine Erklärung eines neubestellten Regierungschefs nicht abgeführt worden ist.

Ich werde darüber abstimmen lassen, ob der Bundesrat eine solche Debatte wünscht. Sollte der Bundesrat eine solche entgegen der bisherigen Übung verlangen, so würde ich vorschlagen, diese erst in der nächsten Sitzung abzuführen.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die die Abführung einer Debatte über die Regierungserklärung wünschen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (*Bundesrat Dipl.-Ing. Rabl: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte fragen, ob der Antrag des Herrn Fiala die nötige Unterstützung hat!*) — Der Antrag wurde von der Mehrheit abgelehnt. (*Bundesrat Fiala: Gegen Stimmenthaltung! Eine Stimme war dafür; der Antrag ist angenommen! — Heiterkeit.*)

Ich wende mich nunmehr wiederum dem Einlauf zu.

Eingelangt ist ein weiteres Schreiben des Herrn Bundeskanzlers, das die Neufestsetzung der Mandate im Bundesrat durch den Herrn Bundespräsidenten und ihre Auswirkung auf die Länder Niederösterreich und Oberösterreich zum Gegenstand hat.

Das Originalschreiben ist an den Präsidenten des Niederösterreichischen Landtages ergangen und in Abschrift dem Bundesrat übermittelt worden. Da das Schreiben für alle Mitglieder aufliegt, sehe ich von einer Verlesung ab. Es handelt sich hiebei darum, ob das Land Niederösterreich jetzt oder erst nach erfolgter Neuwahl des Niederösterreichischen Landtages einen Sitz im Bundesrat verliert, beziehungs-

weise das Land Oberösterreich einen solchen erhält. Das Bundeskanzleramt steht auf dem Standpunkt, daß diese Verminderung bereits jetzt einzutreten hat, während das Land Niederösterreich eine gegenteilige Ansicht vertritt. Das Land Niederösterreich hat daher von sich aus noch keinen Bundesrat abberufen, vielmehr für Bundesrat Weinmayer, der in den Nationalrat gewählt worden ist, Herrn Landesrat Müllner nominiert.

Zur selben Angelegenheit liegen ferner noch vor:

1. eine Anfrage des Oberösterreichischen Landtages; diese ist ebenfalls vervielfältigt;

2. ein weiteres Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an den Oberösterreichischen und Niederösterreichischen Landtag, das ebenfalls vervielfältigt und verteilt wurde und von dessen Verlesung ich daher Abstand nehme. Das Schreiben ist gleichzeitig eine Antwort auf die oberösterreichische Anfrage;

3. ein Schreiben unseres so plötzlich verschiedenen Kollegen Fleischacker an mich als Vorsitzenden. In diesem ersucht er als Rechtsvertreter des Herrn Bundesrates Ott um meine Stellungnahme zu der Frage, ob Ott derzeit als Mitglied des Bundesrates anzusehen ist, und bittet erforderlichenfalls um einen Beschluß des Bundesrates. Es handelt sich hiebei um die Frage, ob vom Bundesrat ein Antrag auf Mandatsverlust für eines der niederösterreichischen Bundesratsmitglieder beim Verfassungsgerichtshof gestellt werden soll.

Zum Zweck der Vorberatung und Antragstellung hinsichtlich dieses gesamten Fragenkomplexes weise ich die Angelegenheit — falls kein Widerspruch erhoben wird — dem Geschäftsordnungsausschuß zu und bitte diesen um sofortige Verhandlung. — Es wird kein Widerspruch erhoben.

Da eine umgehende Bereinigung der ganzen Angelegenheit sehr dringend geworden ist, beabsichtige ich, den Bundesrat für heute um 14 Uhr neuerlich einzuberufen mit dem Tagesordnungspunkt: Beratung und Beschlußfassung über den Bericht des Geschäftsordnungsausschusses in der obigen Angelegenheit.

Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, **Neuwahlen in das Büro** vorzunehmen.

Aus dem Bundesrat sind ausgeschieden: der 1. Vorsitzende-Stellvertreter Bundesrat Freund und der Ordner Bundesrat Holoubek.

Ich werde, falls keine Einwendung erhoben wird, die Wahl durch Handerheben vornehmen lassen. — Ein Einwand wurde nicht erhoben. Mein Vorschlag ist angenommen.

Als Vorsitzender-Stellvertreter wurde mir Herr Bundesrat Flöttl in Vorschlag gebracht. Ich bitte jene Frauen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen, um ein Händenzeichen. — Das ist die Mehrheit. Herr Bundesrat Flöttl ist zum Vorsitzenden-Stellvertreter gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Bundesrat Flöttl: Ja!

Vorsitzender: Ich begrüße den neuen Vorsitzenden-Stellvertreter.

Wir kommen nun zur Wahl des Ordners. Vorgeschlagen ist Herr Bundesrat Riemer. Ich bitte jene Frauen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen, um ein Händenzeichen. — Ich danke. Dies ist die Mehrheit. Angenommen. Der Herr Bundesrat Riemer ist zum Ordner gewählt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich ein für 14 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt: Bericht und Antrag des Geschäftsordnungsausschusses im Hinblick auf die Frage des Wirksamwerdens der Entschliebung des Herrn Bundespräsidenten über die Beschickung des Bundesrates durch die Länder Niederösterreich und Oberösterreich. Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Es wird kein Einwand erhoben. Es bleibt daher bei meinem Vorschlag.

Ich bitte den Geschäftsordnungsausschuß, sofort seine Beratungen im Lokal II aufzunehmen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 10 Uhr 35 Minuten